

Nach dem Wahltag

Autor(en): **Stocker, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **19 (1939-1940)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333810>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

19. JAHRGANG -- NOVEMBER 1939 -- HEFT 3

Nach dem Wahltag

Von Werner Stocker.

I.

Aus einer Reihe von Gründen konnte der eidgenössische Wahltag 1939 nicht zum allgemeinen «Zahltag» werden. Verschiedene Rechnungen und Abrechnungen blieben offen, manche Forderung kam unter dem Druck der Kriegslage nicht zur Geltung, oder doch nicht mit jener Schärfe und Entschiedenheit, wie sie in normalen Zeiten erhoben worden wäre. In einem Drittel aller Wahlkreise blieb es durch Vereinbarung der Parteien beim bisherigen Besitzstand. Wo die Wahlen stattfanden, war die Propaganda beschränkt einerseits durch die Maßnahmen der Armeeleitung, andererseits durch die Tatsache, daß der Militärdienst zahlloser Vertrauensleute die persönliche Agitation auf ein Minimum reduzierte. Daß gerade der letzte Faktor sich vor allem für die Sozialdemokratie nachteilig auswirken mußte, stand fest. Verdankt doch die Arbeiterbewegung ihre Schlagkraft viel weniger der kostspieligen Reklame, wie andere Parteien sie sich leisten können — und auch in diesem Wahlkampf sich üppig genug geleistet haben! — als dem persönlichen, treuen Einsatz, der lebendigen Werbung von Mann zu Mann.

So ist, schweizerisch betrachtet und von vereinzelt kantonalen Überraschungen abgesehen, das Ergebnis eingetreten, das in unsern Kreisen allgemein erwartet wurde: kein «Rutsch» in irgendwelcher Richtung, sondern eine Bestätigung des bisherigen Kräfteverhältnisses. Eine wesentliche Änderung der politischen Tendenz des neuen Nationalrates wird nach den nunmehr vorliegenden Gesamtergebnissen niemand erwarten.

Fraktionen und Gruppen	Mandate	
	1935	1939
1. Freisinnig-Demokratische	48	50
2. Katholisch-Konservative	42	44
3. Bauern, Gewerbe und Bürger	21	21
4. Liberaldemokraten	7	6
5. Frontisten	1	0
6. Sozialdemokraten inkl. Dissidenten der Westschweiz (45+4)	50	49

Fraktionen und Gruppen	Mandate	
	1935	1939
7. Kommunisten	2	0
8. Freie und Demokratische	7	6
9. Freiwirtschaftler	0	1
10. Landesring	7	9
11. Andere	2	1
	187	187

Faßt man die Gruppen 1—5 als allgemeinen Block der Rechten zusammen, so stehen zwei Verlusten (1 Liberalkonservativer und 1 Frontist) vier Gewinne gegenüber (je 2 Freisinnige und Katholisch-Konservative), also ein Totalgewinn von zwei Mandaten. — Die Gruppen der Opposition (6—9) verlieren einen sozialdemokratischen Sitz, beide kommunistischen Mandate und dasjenige der St. Galler Jungdemokraten, wogegen die kritische Stimme der Freigeldler — wohl nicht zur reinen Freude der Regierungsparteien — zum erstenmal im Nationalrat ertönen wird. Kommt zu dieser ohnehin in gewissen Sachfragen nicht starren Verteilung von links und rechts die Gruppe von nunmehr 9 Landesringleuten, von denen kein Mensch weiß, wie ihre «Grundsätzlichkeit» sich auswirken wird, so dürfte klar sein, daß das politische Gesamtbild des Rates ziemlich gleich bleibt. Von einem eidgenössischen «Sieg» der einen oder andern Gruppe kann nicht die Rede sein. Wenn Freisinn und Katholisch-Konservative einen kleinen Fortschritt verzeichnen, so danken sie es weit mehr der gegebenen objektiven Situation als der Größe und innern Kraft ihrer Sache. Schon durch die stillen Wahlen in neun Kantonen hatten sie fast die Hälfte ihrer bisherigen Mandate gesichert — der Freisinn 21, die Katholisch-Konservativen 18, während die Sozialdemokratie in den betreffenden Kantonen nur 11 (13) Vertreter zählte. Um so mehr konnten alle Kräfte — vor allem die finanziellen — der Rechten mit Einschluß der Duttweiler-Partei sich zum Angriff auf die Sozialdemokratie in *jenen* Kantonen konzentrieren, wo die Arbeiterschaft starke Positionen errungen hat und im Vormarsch begriffen ist. In *Basel* verhalf der konzentrische Angriff, ausgedrückt in der Listenverbindung des ganzen Bürgertums, dem Landesring zu seinem einzigen Erfolg. Dabei wird allerdings auch Duttweiler selbst das *zweite* in Basel gewonnene Mandat kaum der eigenen Arbeit der Landesringler als Verdienst anrechnen wollen. Wenn je einmal, so ist hier das Wort von der «Tücke des Proporz» am Platz:

Die SP Baselstadt erhielt:

81 452 Parteistimmen = rund 11 300 Wähler.

Der «Standesring» Basel erhielt:

34 711 Parteistimmen = rund 4 900 Wähler.

Wirklich *proportional* wäre eine Mandatverteilung von 2 zu 4 oder allermindestens 2 zu 3. Dank der allbürgerlichen Listenverbindung erhält jedoch der Landesring gleichviel Sitze wie die fast doppelt so starke sozialdemokratische Wählerschaft. Kein «politischer Sieg» des Landes-

rings, sondern ein launisches Spiel des Zufalls zugunsten der Migrosleute.

II.

Herr *Duttweiler* wird über diesem Erfolg seine Enttäuschung angesichts seiner gesamtschweizerischen «Ausbeute» kaum verschmerzen können. Die Werbekraft seiner Listen stand im umgekehrten Verhältnis zu dem ungeheuren Reklameaufwand, trotz — oder wegen — der kunterbunten Heranziehung aller möglichen mehr oder weniger berühmten literarischen und wissenschaftlichen Größen, die plötzlich als überzeugte Anhänger der «Ideen Duttweilers» sich vorstellten. In Basel ein Überraschungserfolg mit sehr viel Glück — überall dort aber, wo man die Methoden der Migros-Taktiker bereits kannte und ihnen die entsprechende Aufklärung entgegensetzte (eine Aufgabe, die gerade in der VSK-Stadt vielleicht zu wenig ernst genommen wurde), blieb der erhoffte Aufschwung trotz der Millionenreklame aus: Im Aargau kein Mandat, in Bern, Zürich, St. Gallen nur der bisherige Besitz, in Zürich sogar ein eindeutiger Stimmenschwund von über 2000 Listen. Hoffen wir, dieser Dämpfer werde heilsam wirken. Sonst müßte man angesichts des «Betriebsunfalls» in Luzern und der hemmungslosen Verquickung von heiklen Fragen der Landesverteidigung mit reinen Parteiinteressen befürchten, es sei die Absicht des Duttweilerschen Landesrings, ausgerechnet in der heutigen kritischen Zeit jenes prophetische Wort Gottfried Kellers zu verwirklichen:

«Glücklicherweise gibt es bei uns keine ungeheuer reichen Leute, der Wohlstand ist ziemlich verteilt; *laß aber einmal Kerle mit vielen Millionen entstehen, die politische Herrschsucht besitzen, und du wirst sehen, was die für einen Unfug treiben*» . . .

III.

Der Verlust je eines Mandates in *Bern* und in Baselland konnte kaum überraschen. Der in Bern vor vier Jahren knapp eroberte Sitz hätte unter normalen Verhältnissen gehalten werden können. Durch die Grenzbesetzung ist aber kaum eine zweite Kantonalpartei so benachteiligt worden wie die bernische, die in ihrem weiten Gebiet auf die Arbeit der Vertrauensleute ihrer 200 Sektionen unbedingt angewiesen ist. Auf diese zum vornherein geschwächte Position erfolgte der Großangriff der sechs rechtsbürgerlichen Parteien mit Listenverbindungen und Unterlistenverbindung. Die Jungbauern ihrerseits lehnten unter Dr. Müllers Führung auch hier jede Listenverbindung mit der Linken ab — und die Kommunisten glaubten, ihre politische Intelligenz mit der Aufstellung einer eigenen Liste dokumentieren zu sollen. Dazu Duttweilers in Bern womöglich noch demagogischer als anderswo geführter Kampf gegen die Kantonalpartei und ihren Präsidenten: das Zusammenspiel dieser Faktoren reichte zum Verlust einiger tausend Wählerstimmen der Arbeiterschaft.

In *Baselland* haben politische und persönliche Momente zum Verlust geführt. Eine gewisse Schwächung der Kantonalpartei war seit einiger Zeit festzustellen. Der versierte Appenzeller Freiwirtschaftler Dr. Son-

deregger hat diese Situation erfaßt und auf dem Boden, den ihm sein getreuer Paladin am «Landschäftler» seit Jahren geebnet, das lang-ersehnte erste Freigeldmandat im Nationalrat erobert — zweifellos nicht ohne zahlreiche Arbeiterstimmen. Daß die Kommunistische Partei auch hier mit einer eigenen Liste demonstrieren mußte, hat die Zersplitterung vergrößert und damit vielleicht den Ausschlag für die Niederlage der Arbeiterschaft gegeben.

IV.

Das mit Spannung erwartete Resultat von *Genf* darf bei Berücksichtigung aller Faktoren als *Erfolg* der SPS gebucht werden. Unter schwierigen materiellen und psychologischen Umständen ist das Mandat Rosselet gehalten worden. Nur wer den Genfer Föderalismus — auch in unsern Reihen — kennt und die Schwierigkeiten eines Kampfes objektiv würdigt, der in knapp drei Wochen mit einer kaum ins Leben gerufenen Zeitung und gegen stärkste persönliche und politische Widerstände geführt werden mußte, wird dieses Resultat richtig einschätzen. Die Bäume der Genfer Dissidenten sind nicht in den Himmel gewachsen. Das trägt vielleicht dazu bei, daß der politische Unfehlbarkeitsstandpunkt im Lager Nicoles etwas gemäßigt und die Methode der *socialistes pur* sang endlich aufgegeben wird, aus einem einzelnen Disziplinarfall eine weltanschauliche Tragödie zu machen und die ganze schweizerische Sozialdemokratie in die zwei Kategorien der Sesselstreber und der irregeführten Schafe einzuteilen.

V.

Trotz allen objektiven Schwierigkeiten hat unablässige, treue Parteilarbeit in *Glarus* und in *Schaffhausen*, im *Aargau* und in *Zürich*, bei wesentlichen lokalen Positionen auch im *Thurgau* zu einem eindeutigen Vormarsch der Arbeiterschaft geführt. In Glarus wäre unser Mandat gewonnen, hätten nicht die Katholiken diesmal auf eine eigene Liste zugunsten der zwei andern Bürgerparteien verzichtet und wären diese nicht die Listenverbindung zur Sicherung ihres Besitzes eingegangen. Die Parteistimmen lauten:

Demokraten	6488 (1935: 4004)
	(Katholiken 1935: 3375!)
Allg. Bürgerliche Volkspartei	4234 (1935: 4404)
Sozialdemokraten	4486 (1935: 4372)

Trotz der Krisenzeit und trotz eines starken Rückgangs der diesjährigen Stimmbeteiligung hat der Kandidat der SP Glarus, Genosse Chr. Meier, eine stetige Stimmenzunahme zu verzeichnen: 1931: 3706, 1935: 4372, 1939: 4486 Stimmen. Das zeigt, daß auch in kleinen, ländlichen, objektiv ungünstigen Verhältnissen unsere Sache marschiert — wenn sie angetrieben wird.

Auch in *Schaffhausen* hat systematische Umsicht und Tätigkeit unsern Kandidaten weit an die Spitze der bürgerlichen Konkurrenten gestellt und der Partei einen Zuwachs von rund 1000 Stimmen gebracht. Die Richtliniengruppe der Arbeiter und Bauern mobilisierte zusammen

8561 Wähler, der Freisinn mit Zuzug der Katholiken und Frontisten nur 4635 Wähler.

In den Kantonen *Aargau* und *Zürich* gehört die Arbeiterschaft zu den Siegern des Tages mit je einem Mandatgewinn; im Aargau trotz einem (allgemeinen) Stimmenrückgang, in Zürich mit einem Stimmenzuwachs von 24 500 Parteistimmen — trotz wesentlich schwächerer Stimmbeteiligung als 1935. Die Zürcher Genossen haben unter schwersten Bedingungen ein gestecktes Ziel erreicht: Ein vor vier Jahren dem Wahlfrühling des Landesrings geopfertes Mandat ist zurückgeholt worden. In diesem dem Landesring gebotenen Halt liegt denn auch — in Zürich wie im Aargau — ein wesentlicher Teil der Bedeutung dieses Wahltages. Der Einbruch in die Arbeiterschaft ist der Migrospartei mit allen Reklamesprüchen — von der chinesischen Mauer für den Wehrmann bis zur leutseligen Empfehlung: «Nehmt auch Sozialdemokraten auf die Landesringliste» — nicht gelungen. 63 500 verschwundene Parteistimmen — ein Verlust, den Duttweiler sicher am allerwenigsten in «seiner» Hochburg Zürich erwartete — dokumentieren die Situation.

VI.

Die SPS erleidet also — aus den erwähnten proporztechnischen Gründen — eine Verschiebung in der parlamentarischen Rangliste, ist aber als *stärkste Landespartei* von der freisinnigen Wählerschaft kaum überholt worden. Dies geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

	Wählerzahlen 1935 (alle Kantone)	Wahlkantone 1939	Gleiche Kan- tone 1935
Sozialdemokraten	255 843	167 973	186 822
Freisinnige	216 664	127 793	118 647
Katholisch-Konservative	185 052	104 841	110 722
Bauern- und Bürgerpartei	100 300	93 338	91 641
Liberal-Konservative	30 476	10 240	10 740
Landesring	37 861	43 712	37 861
Kommunisten	12 569	7 964	10 985
Freiwirtschaftler	11 078	10 852	11 078
Jungbauern	28 161	27 567	28 161
Andere	35 519	22 600	32 263
Abgegebene Listen 1939 (provis. Zahlen)			616 880
Abgegebene Listen 1935 i. d. gleichen Kantonen			638 920

Somit ergibt sich: Die Wahlbeteiligung ist gegenüber 1935 leicht zurückgegangen. Mit Ausnahme des Freisinns und der Altbauern sind auch sämtliche Parteistimmen in den Wahlkantonen 1939 gegenüber den gleichen Kantonen 1935 reduziert. (Die Zunahme des Landesrings geht nur auf die *erstmalige* Beteiligung in Baselstadt und Aargau zurück). Einen starken Rückschlag von 27,5 Prozent weisen die Kommunisten auf, während die Sozialdemokraten um rund 10 Prozent zurückgehen. Der Freisinn, die zweitstärkste Landespartei von 1935, bucht

einen Gewinn von etwa 7,5 Prozent. Auf die Gesamtergebnisse von 1935 übertragen, ergäbe sich folgende Verschiebung:

Sozialdemokraten:	255 843	—	rund 10 %	==	rund 230 000
Freisinn:	216 664	+	rund 7,5 %	==	rund 232 000

Die freisinnige Wählerschaft ist also nicht wesentlich stärker geworden als die sozialdemokratische. Berücksichtigt man die mehrfach erwähnten besonders Schwierigkeiten, die sich unserem Wahlkampf diesmal entgegenstellten, so darf die schweizerische Sozialdemokratie und ihre Wählerschaft auch heute als stärkste politische Gruppe des Landes bezeichnet werden.

VII.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft ist in diesem vielfach erschwertem Wahlkampf nicht geschlagen worden. Sie hat standgehalten, wenn sie auch den vor vier Jahren erstrittenen ersten Fraktionsplatz wieder mit dem zweiten vertauscht. Sie wird überdies in den kommenden parlamentarischen Kämpfen eine Hilfskraft besitzen, die im Interesse des Volkes zu verwenden unsere Aufgabe ist: die Wahlversprechungen — der *ändern*. Zwar sind schon immer schöne Verheißungen und Zusicherungen *vor* den Wahlen bei gewissen Parteien üblich gewesen, und regelmäßig haben die meisten sich nachher *nicht* dabei behaftet, sondern die Kunst der Auslegung spielen lassen: Nach Tische las man's anders. — Aber diesmal hat sich doch etwas Neues ereignet. Man blieb auf bürgerlicher Seite nicht bei den beliebten *allgemeinen* Versprechungen: sozialer Fortschritt, Gerechtigkeit, Freiheit, Finanzausgleich usw., man brachte vielmehr jetzt als Wahlschlager ganz *konkrete*, positive Zusicherungen, ja man erlebte die eigenartige Erscheinung, daß sozusagen alle Parteien mit uns in wesentlichen Forderungen übereinstimmten: bessere Unterstützung der Wehrmannsfamilien; Sicherung der zivilen Arbeitsstellen der Soldaten; Arbeitsbeschaffung von Staates wegen; Wehropfer des Besitzes; gerechte Finanzpolitik durch *Steuerreform*. Im Grunde ging ja größtenteils der geistige Kampf nur *darum*, wer *zuerst* und seit jeher diese jetzt allgemein als richtig und notwendig anerkannten Thesen verfochten habe — der Freisinn ging zu diesem Zweck bis zur Berufung auf die Taten seiner Urgroßväter der dreißiger und vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts . . . In dieser Hinsicht dürfen wir Sozialdemokraten ganz ruhig auf die *Tatsachen* verweisen und das Urteil dem Volk überlassen. Wer sachlich prüft, bleibt nicht lange im unklaren darüber, in *welchem* Lager die Arbeitsbeschaffung als nationale Aufgabe, die Steuerreform, die wirksame Sozialversicherung und anderes zuerst proklamiert — und *wo* diese Postulate bis vor ganz kurzem als «unmöglich» oder «überflüssig» abgetan wurden.

Wenn aber nun beispielsweise der Freisinn im Wahlkampf so weit ging, in seinem politisch-wissenschaftlichen Instruktionsorgan, der «Politischen Rundschau», die Tatsache der *Steuerhinterziehung* von Milliarden nicht nur endlich anzuerkennen, sondern auch das Heilmittel der *Quellensteuer* mit positiven Vorschlägen zu empfehlen — so ist die Frage zu stellen: Soll das *nach* den Wahlen wieder als unverbindlich

oder als «rein persönliche Ansicht» umgedeutet werden? Oder wird die *Einigkeit* über die dringlichen sozialen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Aufgaben andauern, werden diese Aufgaben ohne Zögern, ohne Wenn und Aber zur Grundlage der parlamentarischen Arbeit der nächsten Zukunft gemacht werden? *Hier sind die Richtlinien für unsere Aktion vorgezeichnet.* Das Bürgertum soll *behaftet* werden, es soll seine anscheinend schon so alten Erkenntnisse in die Tat umsetzen — und die wichtigsten Forderungen des Tages werden bald verwirklicht sein. Sollte aber die frühere Erfahrung sich wiederholen, sollten die großbürgerlichen Nationalräte im Dezember wieder das meiste vergessen haben, was ihre Parteien vor den Wahlen versprochen, dann wäre unsere Aufgabe erst recht gegeben: die Massen gründlich darüber aufzuklären und zu befragen, ob es auch in dieser schweren, bedrohlichen Zeit noch erlaubt sein soll, die allerdringlichsten sozialen Postulate nur als Wahlreklame zu mißbrauchen.

Die historische Tragik der sozialistischen Idee

Von Desider Hort.

Es gehört mit zur Tragik des Marxschen Gedankensystems, daß es leidenschaftliche Anhänger und vielleicht noch leidenschaftlichere Gegner hat, Anhänger, die seine Buchstaben kritiklos in eine heilig unerreicht- und unantastbare Höhe erheben, und Gegner, die, nichts wissend von seinen großen Entfaltungsmöglichkeiten, jenen Ansätzen einer positiven Sozialwissenschaft, «die aus ihrer ersten Beschränktheit längst hätten befreit sein sollen», wie Johann Plenge, einer der tiefsten deutschen Denker, betont — das ganze System verneinen, ja verdammen. Nichts ist daher notwendiger als eine objektive Distanz dem Marxismus gegenüber, welche weiß, unter welchen geistigen Voraussetzungen er entstand, was er seiner Zeit bedeutete und was er uns, bald ein Jahrhundert nach den achtundvierziger Jahren, deren legitimes, wenn auch genial voraussehendes Kind er war, heute bedeutet.

Diese Objektivität, die allein imstande ist, eine positive Marx-Kritik hervorzubringen, ist dem Genossen Valentin Gitermann in seinem Buch über «Die historische Tragik der sozialistischen Idee»* fast restlos gelungen.

Die sozialistische Idee ist im Marxismus wissenschaftlich geworden, da sie in ihm nicht mehr nur versucht, eine ideale Zukunft der Menschheit utopistisch-schönmalend «aus dem Kopf herauszuspintisieren», sondern bestrebt ist, das soziale Werden aus den Entwicklungstendenzen der Gesellschaft selber vorauszusehen und den sozialen Gestaltungswillen entsprechend zu beeinflussen, »zu sehen — um Marxens Worte

* Valentin Gitermann, Die historische Tragik der sozialistischen Idee. Verlag Oprecht, Zürich/Neuyork. 1939. 371 Seiten.